

Stellungnahme des Landesbauernverbandes in Baden-Württemberg zur Enquetekommission Krisenfeste Gesellschaft – Ökonomische Aspekte

Grundsätzlich besteht in der Politik sowie bei allen gesellschaftlich relevanten Organisationen, Gruppierungen, Verbänden etc. bis hin zu den einzelnen Bürgern und Verbrauchern in der großen Mehrheit Konsens darüber, dass nur eine nachhaltige Wirtschaftsweise auf die Dauer erfolgreich sein kann. Daher lassen sich die Herausforderungen der Zukunft nur mit nachhaltigen Wirtschaftssystemen bewältigen.

In der politischen und öffentlichen Diskussion wird Nachhaltigkeit jedoch an erster Stelle und oft auch ausschließlich mit „ökologisch verträglich“ gleichgesetzt. Auch die Sicherung von Arbeitsplätzen wird ins Feld geführt. Das Wirtschaftsteilnehmer bzw. Betriebe oder Unternehmen in erster Linie ökonomisch erfolgreich sein müssen, um überhaupt am Wirtschaftsgeschehen teilnehmen zu können und damit die von Politik und Gesellschaft geforderten Leistungen bezüglich Ökologie und der Sicherung von Arbeitsplätzen erbringen zu können, wird dahingehend meist nicht hinreichend, sozusagen als „conditio sine qua non“ gewürdigt.

Dies trifft insbesondere auch auf die landwirtschaftlichen Unternehmen hierzulande zu, die mit vielen Erwartungen der Gesellschaft konfrontiert sind.

Der Kern des Problems ist, dass diese Erwartungen, die wiederum in politische Vorgaben und Auflagen münden, mit den wirtschaftlichen Realitäten des Wettbewerbs in Einklang gebracht werden müssen.

Eine nachhaltige und gesicherte Eigenversorgung mit Lebensmitteln, Energie und Rohstoffen ist ein wichtiger Faktor für die gesellschaftliche Stabilität in Deutschland, aber auch in Europa und mehr noch in anderen Teilen der Welt. Insbesondere Corona, Kriege und Naturkatastrophen haben uns eindrücklich vor Augen geführt, dass die Preise für Nahrungsmittel regelrecht explodieren und Versorgungsengpässe auslösen können. Umso mehr ist eine eigene leistungsfähige Landwirtschaft entscheidend für die Ernährungssicherung, damit bezahlbare Lebensmittel mit hoher Qualität erzeugt werden können.

Trotz aller Wetterextreme ist Deutschland nach wie vor ein Gunststandort, was die Produktion von Lebensmitteln betrifft. Dieses Potential gilt es auszuschöpfen, d. h. die Herausforderungen des Klimawandels und der Biodiversität müssen intelligent mit einer hochwertigen und nachhaltigen Nahrungsmittelerzeugung verbunden werden.

Die baden-württembergischen Landwirte wollen und können ihren Teil dazu beitragen.

Um die Erfüllung dieser Aufgabe abzusichern, fordert der Landesbauernverband in Baden-Württemberg – ebenso wie der Deutsche Bauernverband – eine Ergänzung des Grundgesetzes im Artikel 20 a (Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der Tiere) um die Ziele der Ernährungssicherung und des Klimaschutzes.

Des Weiteren brauchen wir eine deutliche Senkung des Flächenverbrauchs und einen grundsätzlichen Vorrang für den Erhalt produktiver Agrarflächen. Die Kommissionsvorschläge zur Naturwiederherstellung (NRL) und zu Verboten im Bereich des Pflanzenschutzes (SUR) stehen dem entgegen, da damit wertvolle landwirtschaftliche Flächen aus der Nahrungsmittelproduktion zu fallen drohen. Dies würde zu erheblichen Erzeugungslücken und Kostensteigerungen für Nahrungsmittel führen und wäre nicht mit der Aufrechterhaltung einer resilienten Ernährungssicherung zu vereinbaren.

Aus Sicht des Landesbauernverbandes muss daher – auch aus Wettbewerbsgründen – der vertragliche Natur- und Umweltschutz Vorrang vor Verboten und Auflagen haben. Ergänzend muss die EU-Handelspolitik endlich gewährleisten, dass höhere EU-Standards nicht durch Lebensmittelimporte mit deutlich niedrigeren Standards unterlaufen werden.

Unterstützend im Sinne einer nachhaltigen Produktion müssen die Rahmenbedingungen für die Nutzung neuer Züchtungstechnologien wie z. B. CRISPER/CAS offener werden – unter Wahrung der Patentfreiheit für die Erzeugung von Rohstoffen für die Nahrungsmittelerzeugung.

Von herausragender Bedeutung sind jedoch resiliente Lieferketten der Agrar- und Ernährungswirtschaft. Diese umfassen sowohl die Urproduktion in der Landwirtschaft sowie die Verarbeitungsebene bis hin zum LEH, aber auch die vorgelagerte Ebene, also die Herstellung und der Vertrieb von Betriebsmitteln.

Die Chancen regionaler Wertschöpfungsketten liegen auf der Hand: die regionale Produktion hält die Wertschöpfung eher in der Region und ist auch weniger austauschbar – wenn sie als solche klar erkennbar ist. Ebenso vermindert die Verteilung des Bezuges von Vorprodukten wie z. B. von Energie, Pflanzenschutz- und Düngemitteln auf viele Lieferanten, eine Verringerung von Abhängigkeiten. Höhere Löhne und fehlendes Fachpersonal wirken sich jedoch zunehmend auch auf die Produktions- und Verarbeitungsebene aus.

Allerdings ergeben sich daraus auch ökonomische Konsequenzen bzw. Risiken. Regionale Wertschöpfungsketten produzieren in der Regel in kleineren Einheiten und auch der Bezug der Betriebsmittel von mehreren Lieferanten verteuern diese, da man die Nachfragemacht nicht auf wenige Vorlieferanten konzentrieren kann. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass solche Lieferketten zwar resilienter, aber das Endprodukt dafür tendenziell teurer ist. Regionale Wertschöpfungsketten bedeuten auch, dass nicht alle Produkte zu jeder Jahreszeit zur Verfügung stehen. Entscheidend ist daher, dass der Verbraucher regionale Produkte als solche erkennt und sie auch nachfragt.

Diese Entwicklung sehen wir aktuell auch in der übrigen Wirtschaft (z. B. auf dem Energiemarkt) oder auf dem Markt für Arzneimittel (in Deutschland produzierte Arzneimittel sind z. B. deutlich teurer als in Asien produzierte etc.).

Ein Ausbau von regionalen Wertschöpfungsketten wäre z. B. über regionale Einrichtungen, die eine Gemeinschaftsverpflegung anbieten, möglich.

Für den nachhaltigen Aufbau resilienter Wertschöpfungsketten im Nahrungsmittelbereich bedarf es eines Umdenkens und konzertierten Zusammenwirkens aller Beteiligten: Gefordert sind hier nicht nur die Politik, sondern insbesondere auch die Verbraucher, die gesellschaftlich relevanten Gruppen und ebenso die landwirtschaftlichen Unternehmer.

Ein konzertiertes Zusammenwirken ist vor allem dann erfolgreich wenn alle Akteure die gleichen oder zumindest gleichgerichteten Ziele haben. Wo aber sind die gleichgerichteten Interessen zwischen z. B. Gewerkschaften, Lebensmittel-einzelhandel, Verbrauchern und Landwirtschaft? Solange einerseits der Verbraucher prioritär günstig einkaufen will oder die Gewerkschaften möglichst hohe (Mindest)Löhne wollen oder der LEH möglichst hohe Margen beim Verkauf seiner Produkte erzielen will und die Landwirtschaft andererseits aber deutlich höhere Erzeugerpreise benötigt um wirtschaftlich über die Runden zu kommen, ist eine einheitliche Vorgehensweise schwierig.

Gerade deshalb kam es auch zur Bildung der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL) und der „Zentrale Koordination Handel-Landwirtschaft“ (ZKHL). Wir können nur versuchen im Dialog zusammen zu finden, den Blick für das Ganze zu schärfen und daraus Kompromisse abzuleiten die für alle tragfähig sind. Das ist zugegebenermaßen keine leichte Aufgabe.

Solange alle Produkte reichlich und günstig vorhanden sind machen sich z. B. die Verbraucher über deren Produktionsweise oder –kosten oft wenig Gedanken. Eine Sensibilisierung ist nur möglich, wenn sich der Verbraucher für Zusammenhänge interessiert. Also beispielsweise, dass Produkte die vor Ort produziert werden, aufgrund der höheren Auflagen/Standards in der Regel auch teurer sind, dass damit aber gleichzeitig regionale Kreisläufe und die regionale Landwirtschaft unterstützt werden.

Des Weiteren liegt es auf der Hand, dass dies global gesehen, dem Umwelt-, Natur-, Tier- und Klimaschutz weit mehr dient, als wenn wir Produkte importieren, die unter weit geringeren Standards hergestellt und über tausende von Kilometern erst ins Land gebracht werden müssen. Pro Nahrungsmittelinheit haben wir in Baden-Württemberg zudem einen der niedrigsten ökologischen Fußabdrücke weltweit. Es reicht aber nicht nur die Leute dafür zu sensibilisieren, sondern diese Erkenntnisse müssen sich auch im Kaufverhalten niederschlagen und die Landwirtschaft, d. h. die Erzeuger, müssen einen adäquaten Anteil in der Wertschöpfungskette erhalten.

Die größte Herausforderung ist nicht, dass die Erzeuger hierzulande nicht saisonal, regional oder möglichst klimaneutral produzieren können. Das Problem ist, dass eine saisonale, regionale und klimaschonende Produktion einen entsprechend höheren Aufwand und damit entsprechend höhere Kosten bedingt. Eine solche Entwicklung kann nur Hand in Hand gehen. D. h. kein Landwirt wird z. B. in neue Ställe im siebenstelligen Eurobereich investieren, solange er nicht eine gewisse Planungssicherheit hat. Alleine von Bekundungen der Politik und der Verbraucher, dass man saisonale, regionale und möglichst klimaneutrale Produkte will, kann kein Landwirt und übrigens auch kein anderer Unternehmer leben.

Insofern muss also die Erzeugung entsprechend der Nachfrage ausgebaut werden. Das wird nur gelingen, wenn überall ein Umdenken dergestalt stattfindet, dass das große Ganze in seinem Zusammenhang gesehen wird.

Als Paradebeispiel für die Notwendigkeit einer primär marktgetriebenen und nicht politisch orientierten Nachfrage kann der aktuelle Markt für Ökoprodukte dienen. Die produktionsbedingt höheren Preise für Bioprodukte haben zu einer merklichen Kaufzurückhaltung auf der Verbraucherseite geführt.

Generell für die landwirtschaftliche Produktion gilt, dass höhere Produktionskosten aufgrund höherer Auflagen gegenüber den Wettbewerbern die heimische Land- und Agrarwirtschaft grundsätzlich schwächen. Dies führt dazu, dass unsere Betriebe im Wettbewerb nicht mehr mithalten können und die Produkte dann verstärkt importiert werden müssen. Dem Umwelt-, Natur- und Tierschutz wird dadurch ein Bärendienst erwiesen, da die diesbezüglichen Standards – wie bereits mehrfach betont – hier meistens deutlich höher sind als in vielen EU-Ländern, ganz zu schweigen von Importen aus Drittstaaten.

Es liegt auf der Hand, dass eine Erhöhung des Importanteils auch zu höheren Abhängigkeiten gegenüber dem Ausland führt. Vor allem in Krisenzeiten kann sich dies enorm negativ auf die Versorgung auswirken.

Ein Nachteil im Wettbewerb ist ohne Frage die relativ geringe Größe unserer landwirtschaftlichen Familienbetriebe in Baden-Württemberg. Umso mehr gilt es die Marktmacht auf Erzeugerebene zu stärken. An der Bündelung auf der Produktionsebene zur Stärkung ebendieser Marktmacht haben die landwirtschaftlichen Genossenschaften und Erzeugergemeinschaften einen nicht unerheblichen Anteil. Dies gilt es weiter auszubauen.

Als Fazit für den Aufbau einer krisenfesten Landwirtschaft kommt der Landesbauernverband in Baden-Württemberg zu der Schlussfolgerung, dass alles daran gesetzt werden muss, die heimische Landwirtschaft auf allen Ebenen zu unterstützen, damit sie ihre primäre Aufgabe, nämlich die Produktion regionaler und hochqualitativer Nahrungsmittel erfüllen kann.

Dazu gehört auch der Abbau von bürokratischen Auflagen, um den landwirtschaftlichen Unternehmern auch die Flexibilität zu ermöglichen, die sie für eine eigenverantwortliche, nachhaltige Produktion benötigen. Eine Entlastung ist hier dringend notwendig, da die Betriebsleiter in vielen Bereichen nicht nach Terminkalender arbeiten können, sondern von der Witterung abhängig sind.

Zu der weiter oben eingeforderten Planungssicherheit gehört unabdingbar auch der Schutz des Eigentums. Leider müssen wir feststellen, dass durch zahlreiche Vorschriften dieser Schutz unter dem Deckmantel der Sozialpflichtigkeit immer weiter ausgehöhlt wird. Nur wenn das Eigentum entsprechend geschützt wird, sind Unternehmer auch bereit, ihr persönliches Eigentum in den Dienst für die Allgemeinheit einzubringen.

Stuttgart, 15.11.2023

Ansprechpartner

Landesbauernverband in Baden-Württemberg e. V.
Bopserstraße 17
70180 Stuttgart

Marco Eberle
Hauptgeschäftsführer
Tel. 0711-2140-120
Mail: marco.eberle@lbv-bw.de

Horst Wenk
stv. Hauptgeschäftsführer
Tel. 0711-2140-126
Mail: horst.wenk@lbv-bw.de